Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2004)

Heft: 3: "Oil of Emmental" : eine Region entdeckt ihre eigenen Energie

Artikel: Augenwischerei anstatt wirksamer Massnahmen

Autor: Paschotta, Rüdiger

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586563

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

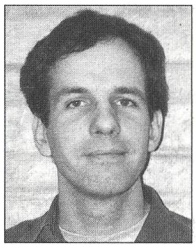
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Augenwischerei anstatt wirksamer Massnahmen

Beschlossen wurde das CO_2-Gesetz, aber umgesetzt werden soll es nicht. Ausgerechnet diejenigen Kreise, die es bei der Diskussion um die Energievorlagen als die bessere Alternative zu den Energievorlagen angepriesen haben, torpedieren nun die vorgesehene CO_2-Abgabe.



Von Dr. Rüdiger Paschotta, Physiker an der ETH Zürich

Die letzten Jahre brachten viele wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimageschehen, aber auch einen Umschwung des Denkens in Öffentlichkeit und Politik. Inzwischen gilt es weithin als sehr wahrscheinlich, dass insbesondere die fortschreitende Anreicherung unserer Atmosphäre mit Kohlendioxid (CO_2) zu starken Klimaveränderungen führen wird. Gestritten wird nur noch um das genaue Ausmass der Folgen und um die Frage, ob die Anomalien der letzten Jahre bereits der faktische Beginn der Klimaveränderung sind. Nur noch Aussenseiter bezweifeln heute,

- dass der CO_2-Anteil unserer Atmosphäre innerhalb von 50 Jahren bereits um zirka ein Drittel angestiegen ist (und davor für Hunderttausende von Jahren nie so hoch war),
- dass dieser Anstieg weitgehend auf menschlichen Aktivitäten beruht und schnell weiterschreitet,
- dass bereits wenige Grade der Erwärmung dramatische Folgen haben werden,
- und dass eine erhebliche Reduktion der CO_2-Emissionen insbesondere in den Industrieländern dringend erforderlich ist, wo die Pro-Kopf-Emissionen weit überdurchschnittlich sind.

Es geht um nicht weniger als das Abmildern der (auch wirtschaftlich) schlimmen Folgen, die eine Klimaveränderung weltweit wie auch in der Schweiz nach sich ziehen wird.

Scheitern mit «freiwilligen Massnahmen»

Über den Weg kann man natürlich streiten. Allerdings schlagen manche politischen Akteure hier abenteuerliche Kapriolen. In wirtschaftsliberalen Kreisen wurden oft marktwirtschaftliche Konzepte anstatt ordnungspolitischen Handelns des Staates gefordert (etwa mit Grenzwerten und Verboten). Als im Jahr 2000 ein solches Konzept in Form der Energievorlagen vorlag, war das plötzlich wieder anders: Selbst die staatsquotenneutrale Grundnorm, die Energie verteuert und die Lohnnebenkosten reduziert hätte, um damit Energieverbrauch und Arbeitslosigkeit gleichzeitig zu senken, wurde verworfen zugunsten des CO_2-Gesetzes. Sicher bestand dessen Attraktivität für diese Kreise darin, dass das CO_2-Gesetz vorerst ganz auf freiwillige Massnahmen setzte und staatliches Handeln nur auf kleinster Flamme forderte (etwa über das Programm «Energie-Schweiz»). Gerechtfertigt wurde dies mit der völlig unrealistischen Hoffnung, allein damit liessen sich die CO_2-Ziele, zu denen sich die Schweiz nach innen wie aussen verpflichtet hat, bereits weitgehend erreichen.

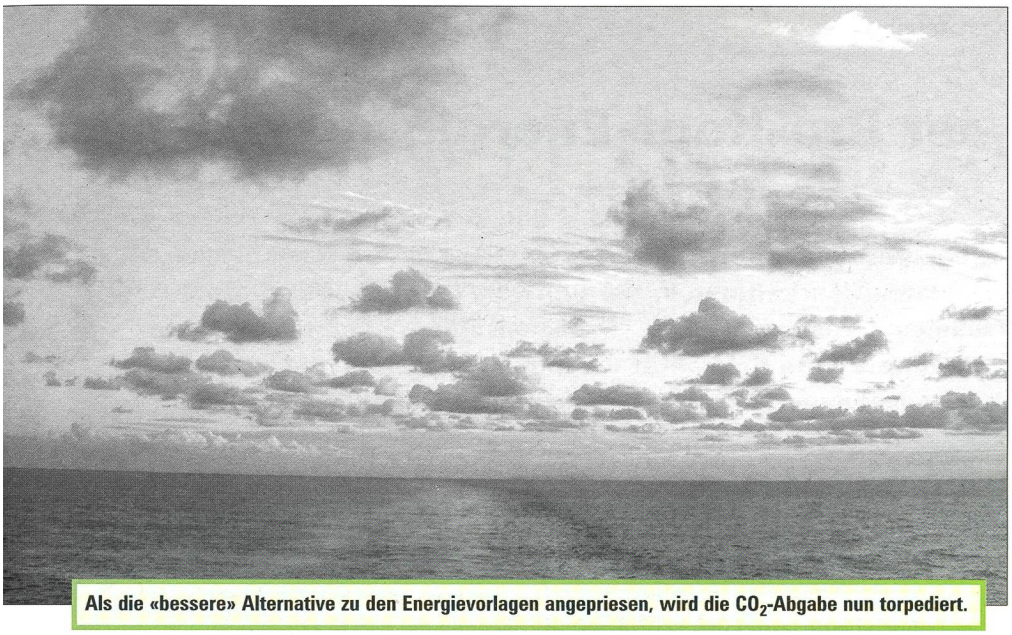
Sachkundigen war von Anfang an klar, dass dies nicht funktionieren würde, und inzwischen ist es ein Faktum. Nach einer leichten Abnahme vor 1996 haben die CO_2-Emissionen wieder deutlich zugenommen und sich zunehmend vom Zielpfad des CO_2-Gesetzes entfernt. Während die Ziellücke bei den Brennstoffen dank verbesserter Wärmedämmung moderat ist, werden die Ziele bei den Treibstoffen bei weitem verfehlt: Anstatt einer Abnahme um 8% gegenüber 1990 verzeichnen wir sogar eine erhebliche Zunahme.

CO_2-Abgabe: Hier scheiden sich die Geister

Nach dem Gesetz hätte die CO_2-Abgabe nun längst beschlossen werden sollen. Eine Abgabe von rund 30 Rappen pro Liter Benzin

Vergleich von CO_2-Abgabe (CO_2A) und Klimarappen (KR)

	CO_2-Abgabe	Klimarappen
Wirksamkeit	Reduktion von Treibstoffverbrauch und Luftbelastung, Erreichen der CO_2-Ziele (bei ausreichender Höhe der Abgabe)	absehbares Verfehlen der Ziele, Verletzung der Kyoto-Verpflichtungen
Höhe der Abgabe auf Treibstoffen	ca. 30 Rp./l	ca. 1 Rp./l
Wirkung der Massnahmen	weitgehend im Inland	weitgehend im Ausland
Einsatz des Ertrags	Reduktion anderer Steuern und Abgaben	Kauf von CO_2-Zertifikaten im Ausland und Brennstoffmassnahmen im Inland
Profiteure	Bürger und Unternehmen mit unterdurchschnittlichem Erdölverbrauch, Anbieter für erneuerbare Energien und energieeffiziente Technik, gesamte Bevölkerung (gesundheitlich, v. a. Lungengeschädigte)	Erdölverkäufer und Industrien im Ausland
Netto-Belastete	Bürger und Unternehmen mit überdurchschnittlichem Erdölverbrauch, Erdölverkäufer	fast die gesamte Industrie und Bevölkerung



Als die «bessere» Alternative zu den Energievorlagen angepriesen, wird die CO_2-Abgabe nun torpediert.

oder Diesel wäre nötig. Der Ertrag würde vollumfänglich an Wirtschaft und Bürger zurückerstattet, so dass die Behauptung, man belaste damit die Wirtschaft, eindeutig falsch ist. Im Gegenteil, man dürfte sogar eher mit einer belebenden Wirkung auf den Arbeitsmarkt rechnen, und als Nebeneffekt der CO_2-Reduktion würde auch die allgemeine Luftbelastung durch Stickoxide, Ozon u. a. vermindert. Laut einer Expertengruppe des OcCC könnten mit einer CO_2-Reduktion um 10% jährlich rund 7000 Fälle von Kinderbronchitis und 500 vorzeitige Todesfälle vermieden werden, was schon rein wirtschaftlich gesehen sehr wünschenswert wäre. Aber der Bundesrat zaudert, das Parlament bleibt relativ still, und die Erdöl-Vereinigung will anstatt der CO_2-Abgabe einen Klimarappen von nur gerade zirka einem Rappen pro Liter Benzin oder Diesel als «freiwillige Abgabe» erheben. Damit sollen Klimaschutzmassnahmen finanziert werden, die angeblich ausreichen würden, um die Ziele des CO_2-Gesetzes zu erreichen.

Augenwischerei anstatt wirksamer Massnahmen

Gleicher Effekt mit viel weniger Geld – das mag verblüffen, aber natürlich handelt es sich wieder nur um Augenwischerei und Verzögerungstaktik. Einmal mehr werden höchst optimistische Annahmen bezüglich der Verbrauchsentwicklung gemacht. Diese auf unseriöse Weise heruntergerechnete Ziellücke soll dann zu rund 80% durch den Einkauf von CO_2-Zertifikaten im Ausland geschlossen werden – dies im krassen Widerspruch zum CO_2-Gesetz, das (im Einklang mit dem Kyoto-Protokoll) den Hauptteil der Reduktion im Inland fordert! Dass die Zertifikate billiger wären, hat verständliche Gründe: Die damit erzielte CO_2-Reduktion besteht zum Teil nur auf dem Papier, weil Reduktionen durch ohnehin zusammengebrochene Industrien und Ersatz von Kraftwerken ebenso angerechnet werden wie Aufforstungen, deren dauernder Bestand nicht garantiert ist. Andererseits stellt man die Wirkung des gesetzlich vorgesehenen Wegs möglichst pessimistisch dar: Man schätzt die Lenkungswirkung der CO_2-Abgabe möglichst tief ein und ignoriert Einsparungen von Gesundheitskosten als kostenlosen Nebeneffekt echter Massnahmen ebenso wie Verbrauchsreduktionen im Ausland (Stichwort Tanktourismus). Überdies wäre der Klimarappen rechtlich problematisch, da eine Abgabe für energiepolitische Zwecke nicht von privatwirtschaftlicher Seite ohne Rechtsgrundlage eingeführt, erhoben und ohne demokratische Kontrolle verwaltet werden darf.

Wie gehabt: der Bock als Gärtner

Ganz offenkundig ist der «freiwillige» Klimarappen keineswegs eine gut gemeinte Initiative der Erdöl-Vereinigung, sondern eine Finte zwecks Verzögerung der Umsetzung des längst beschlossenen CO_2-Gesetzes. Dass die Erdöl-Vereinigung den Absatz ihrer Produkte zumindest im Inland nicht reduziert sehen möchte, ist noch verständlich. Dass jedoch der notdürftig verkleidete Bock von Behörden, Bundesrat und manchen Parteien als hilfreicher Gärtner hofiert wird, ist einfach zu viel. Es ist unverschämt, dass die Umsetzung eines mit allen demokratischen Prozeduren beschlossenen Gesetzes jetzt wieder zur Debatte gestellt wird.

Falls diese Linie wirklich durchgesetzt wird, werden die absehbaren Folgen schwer wiegen. Die CO_2-Ziele werden weit verfehlt, was ein verheerendes Signal aussendet: Werden sich andere Länder noch bemühen, wenn das schon die reiche Schweiz nicht tut? Massnahmen der Nachbarstaaten werden auch durch den Tanktourismus unterminiert. Die Schweiz selbst bleibt unvermindert vom Erdöl abhängig und konjunkturell verwundbar, indem sie die tiefsten Heizöl- und Benzinpreise in Westeuropa behält. Anhaltend hohe Ölpreise auf dem Weltmarkt hätten zwar den gleichen Effekt wie die CO_2-Abgabe auf den Verbrauch, jedoch verschwindet dann das Geld im Ausland. Wäre es nicht klüger, die Verbrauchsreduktion in Zeiten relativ günstigen Öls mit einer Abgabe zu erreichen, deren Ertrag im Inland bleibt und die Lohnnebenkosten reduziert? Aber Vernunft zählt eben nicht, solange wir zulassen, dass sich Parteien und Politiker abhängig machen von verdeckten Zuwendungen durch Lobbyisten.

So macht man sich unglaubwürdig

- Man spricht sich für das CO_2-Gesetz als die bessere Alternative zu den Energievorlagen aus, versucht dann aber seine Umsetzung zu verhindern.
- Man befürwortet generell eine CO_2-Reduktion durch sparsamere Energieverwendung, boykotiert aber konsequent entsprechende Massnahmen, setzt sich z. B. gegen «EnergieSchweiz» ein oder für die Beibehaltung der niedrigsten Benzin- und Heizölpreise der Schweiz.
- Millionen Franken für Energieeffizienz sind angeblich zu viel, während Milliarden für die Förderung des Flugverkehrs bereit gestellt werden. Und dann heisst es, Energieeffizienz brächte nicht viel... unter diesen Umständen kaum verwunderlich!
- Man gibt vor, die Wirtschaft der Schweiz schützen zu wollen, unterstützt aber in Wirklichkeit nur Partikularinteressen und nimmt z. B. die volkswirtschaftlichen Risiken der enormen Erdölabhängigkeit in Kauf.